

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

26.07.2022

Inhalt

EWN

1 Drohender Gasmangel: Tut die Landesregierung zu wenig? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 26.07.2022</i>	3
2 Atomkraft? Wenn's sein muss <i>DER TAGESSPIEGEL, 26.07.2022</i>	5
3 Grüne lockern strikten Anti-Atom-Kurs <i>Süddeutsche Zeitung, 26.07.2022</i>	7
4 Warum der »Streckbetrieb« der AKW uns nicht wirklich weiterhilft <i>SPIEGEL+, 25.07.2022</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 26.07.2022 | S. 10

 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

 Axel Büssem

GAS-KRISE

Drohender Gasmangel: Tut die Landesregierung zu wenig?

Kritik von Opposition und Wirtschaft / Noch kein Termin für Energie-Gipfel

Opposition und Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern werfen der Landesregierung ein zu zögerliches Verhalten in der Gas-Krise vor. In anderen Bundesländern wie Niedersachsen und Baden-Württemberg gebe es bereits Notfallpläne und Krisenstäbe, in MV sei davon nichts zu sehen, sagte der Geschäftsführer des Verbandes der Unternehmensverbände MV, Sven Müller. „Vielleicht passiert ja ganz viel hinter den Kulissen. Aber falls es so ist, wissen wir das nicht.“

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat zwar einen Energiegipfel MV für August angekündigt. Aber obwohl der Monat in wenigen Tagen beginnt, gibt es laut Staatskanzlei noch keinen Termin dafür.

„Die Unternehmer leiden sehr darunter, dass sie keine Informationen erhalten - außer dem, was wir aus der Zeitung erfahren“, kritisierte Müller. „Das verunsichert die Unternehmen zusehends.“ Es würde schon viel helfen, wenn die Wirtschaft vom Land frühzeitig einbezogen werde, ähnlich wie in der Corona-Krise. „Ich hoffe, dass sich das bis zum Gipfel ändert.“

Er wundere sich, dass auch die Abstimmung innerhalb der entscheidenden Ressorts in der Landesregierung offenbar nicht richtig funktioniere. „Seit der Wahl sind sowohl Staatskanzlei als auch Innen- und Wirtschaftsministerium in SPD-Hand. Ich hätte gedacht, dass man sich da besser verzahnt“, so Müller. Er drängt zur Eile: „Wir dürfen nicht warten, bis die Bundesnetzagentur uns vorgibt, welche Bereiche noch Gas bekommen, sondern müssen jetzt schon einen Plan entwickeln, den wir dann aus der Schublade ziehen können, falls „Tag X“ kommt.“

So müsse die Landesregierung Kredit- und Bürgerschaftsprogramme für die im Ernstfall betroffenen Branchen entwickeln. Dazu zählt Müller vor allem die Ernährungswirtschaft oder die Keramikindustrie, namentlich Großbäckereien wie die Tiefkühlpizzafabrik

von Dr. Oetker in Wittenburg und das Fliesen-Werk in Boizenburg.

Auch Hotels und Gastronomie sowie die Veranstaltungsbranche könnte es treffen, da sie zu den Kandidaten zählten, denen zuerst das Gas abgedreht wird, glaubt Müller. „Und das sind die Branchen, die besonders unter Corona gelitten und sich noch nicht davon erholt haben.“ Der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Peters, fordert: „Die Gas-Krise muss Chefsache werden. Ich würde mir wünschen, dass sich die Ministerpräsidentin genauso für die Sicherung der Gasversorgung einsetzt, wie sie sich für die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 eingesetzt hat.“

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hatte vor der Sommerpause vor Panikmache in der Gas-Krise gewarnt. „Angesichts der warnenden Worte aus Berlin und der aktuellen Entwicklung halte ich diese Aussage für wenig verantwortungsbewusst“, so Peters. Gazprom hatte gestern angekündigt, die Gaslieferungen über Nord Stream 1 von jetzt 40 auf 20 Prozent zu drosseln.

Peters forderte, die Landesregierung müsse schnellstmöglich Einsparmöglichkeiten für Gas suchen und einen mit Fachleuten besetzten Krisenstab einrichten, „und nicht erst, wenn die ersten Unternehmen vom Netz genommen werden.“

Das Schweriner Wirtschaftsministerium verwies darauf, dass bereits Ende Februar ein Lageteam „Gasversorgung MV“ eingerichtet worden sei. Dort sind neben dem Ministerium zwei große Gasverteilnetzbetreiber, drei große Stadtwerke sowie der zuständige Fernleitungsnetzbetreiber vertreten.

„Ziel des Lageteams ist es, einen Überblick zur Versorgungslage bei Gas im Bundesland zu erhalten. Weiterhin werden alle Netzbetreiber sensibilisiert und berei-

ten sich kontinuierlich vor“, hieß es aus dem Ministerium. Das Lageteam berichte wöchentlich dem Arbeitsstab Verkehr/Wasser/Energie und dem Krisenstab des Landes.

Der Chef der Staatskanzlei, Patrick Dahlemann, sagte: „Alle tagesaktuellen Fragen beraten wir mit Kommunen und Energieversorgern im Krisenstab.“ Beim Energiegipfel wolle sich die Regierung gemeinsam mit der kommunalen Ebene und den Energieversorgern auf Herbst und Winter vorbereiten.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete und designierte Rostocker Oberbürgermeister-Kandidatin Claudia Müller forderte: „Die Landesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und Einsparpotenziale bei sich nutzen, wie Heizungsanlagen überprüfen lassen oder jetzt im Sommer Klimaanlage in öffentlichen Gebäuden wärmer stellen.“

Zudem müsse mit den Kommunen abgesprochen werden, wie auch diese in der kalten Jahreszeit Wärme einsparen können. „Ziel muss aber sein, dass die Versorgung für die Menschen und die Unternehmen im Land vollständig aufrechterhalten wird. Dazu müssen alle Ebenen beitragen“, so Müller.

Zitat-Text:

„Die Unternehmer leiden darunter, dass sie keine Informationen erhalten - außer dem, was wir aus der Zeitung erfahren.“ - Sven Müller, Verband der Unternehmensverbände MV

„Alle tagesaktuellen Fragen und Probleme beraten wir mit den Kommunen und Energieversorgern im Krisenstab.“ - Patrick Dahlemann, Chef der Staatskanzlei

Atomkraft? Wenn's sein muss

Sie sahen sich als Vorreiter eines Europas ohne Kernenergie. Jetzt weichen Grüne und SPD ihr Nein zu längeren AKW-Laufzeiten auf. Was wäre mit einem Weiterbetrieb gewonnen?

Ein Grüner, der der Atomausstieg intensiv im Bundesumweltministerium begleitet hat, ist frustriert. „Ein weiterer Irrwitz der Geschichte“, bahne sich da an. Eine Laufzeitverlängerung nun zum „Streckbetrieb“ zu verbrämen, werde kommunikativ nicht lange gutgehen. Dass jetzt auch noch die Solidarität mit Frankreich bemüht werde und deutsche Atommeiler die unzureichende französische Atomstromproduktion über 2022 hinaus kompensieren sollen, sei schon ein für Grünen-Verhältnisse recht ungewöhnliches Argument. Sein Fazit: „Die Grünen erreichen in dieser Bundesregierung nichts, außer gute Umfragewerte. Die FDP erreicht hingegen fast alles, hat aber schlechte Umfragewerte.“

Warum deutet sich eine Wende an?

Weil die Grünen fürchten, dass sie zur Verantwortung gezogen werden, wenn es im Winter wegen ausbleibender russischer Gaslieferungen zu Problemen kommen sollte. Erst hieß es, auch von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), es gäbe durch den Gas-mangel ein Problem im Wärmebereich, nicht aber im Strombereich, daher bringe eine Laufzeitverlängerung ohnehin nichts. Eine Überprüfung im Eilverfahren durch die Grünen-geführten Ministerien für Wirtschaft und Umwelt ergab, eine Laufzeitverlängerung sei nicht sinnvoll und wegen Sicherheitsüberprüfungen und neuer Brennstoffbeschaffung zu kompliziert. Ein Gutachten des TÜV Süd kam dann aber zu dem Urteil, dass man Brennstäbe länger nutzen könnte. Zudem gab es in den letzten Wochen eine Stromproduktion in Gaskraftwerken auf Rekordniveau, da im Zuge des europäischen Stromverbunds Frankreich mit Strom versorgt werden musste. Viele Atommeiler sind dort derzeit nicht in Betrieb. Um rund 40 Prozent habe der Stromexport seit März zugenommen, heißt es in der Bundesregierung.

Wie wird nun argumentiert?

Fakt ist: Das strikte Nein zur Laufzeitverlängerung wird

systematisch aufgeweicht. Habeck hat einen neuen Stresstest angekündigt. „Wir werden bei dem jetzt ja stattfindenden Stresstest auch natürlich berücksichtigen, in welcher schwierigen Lage Frankreich gerade ist, weil eben dort sehr, sehr viele Atomkraftwerke nicht laufen“, sagte die Parlamentarische Wirtschafts-Staatssekretärin Franziska Brantner (Grüne) der ARD. Sie will das aber nicht als eine Vorentscheidung verstanden wissen. Doch die Lage zeigt, dass solche Situationen wie in Frankreich die Gasverstromung in Deutschland erhöhen – Gas, das zum Auffüllen der Speicher fehlt, um im Winter einen möglichen Lieferstopp aus Russland zu überbrücken.

Die drei verbliebenen deutschen Kernkraftwerke müssen nach geltendem Recht spätestens am 31. Dezember abgeschaltet werden. An der Nettostromerzeugung in Deutschland haben sie im laufenden Jahr einen Anteil von rund sechs Prozent. Erdgas hat einen Anteil von zehn Prozent. Und es hat sich in Sachen Strom ein ganz neues Problem ergeben. Seit Wochen werden wie wild Heizlüfter gekauft, mit denen Bürger im Notfall ihre Wohnung wärmen wollen. Die laufen aber eben mit Strom, könnten also den Strombedarf zusätzlich in die Höhe treiben. „Es macht keinen Sinn, Strom für zehn Millionen Haushalte, das sind nämlich die drei AKWs, abzuschalten“, kritisiert Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder deshalb.

Wie agiert die SPD?

Nicht nur bei den Grünen dreht sich der Wind. Noch am 12. Juli sagte SPD-Chefin Saskia Esken, ein längerer AKW-Betrieb sei aus energie-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Sicht „komplett unsinnig“. Die Atomkraftwerke lieferten Strom und keine Wärme, sagte sie der „Süddeutschen Zeitung“. „Atomkraft ist unwirtschaftlich, hoch gefährlich und hat keine Zukunft.“ Nun sagt Esken knapp zwei Wochen später im ZDF-Morgenmagazin: „Wir sind an der Stelle nicht ideologisch unterwegs.“

SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch, ein klarer Ausstieg befürworter, betont gegenüber der Funke-Mediengruppe: „Der zweite Stresstest des Wirtschaftsministeriums dient vor allem der Annahme weiterer Probleme französischer Atomkraftwerke und der Tatsache, dass Bayern energiepolitisch extrem schlecht aufgestellt ist: Bayern hat jahrelang die Energiewende verschlafen und weder seine Netze noch Windkraftwerke ausgebaut.“

Warum hat Frankreich solche Probleme mit seinen Atomkraftwerken?

Wie beinahe in jedem Jahr gibt es auch im aktuellen Sommer aufgrund der Hitzewelle Probleme mit der Kühlung der französischen Atomreaktoren. Deren Kühlwasser, das in die umliegenden Flüsse abgeleitet wird, darf nur ein bis zwei Grad wärmer sein als das Wasser der umliegenden Flüsse. Weil aber ein großer Teil der insgesamt 56 französischen Atommeiler nach der Entdeckung kleiner Risse im Notkühlsystem oder wegen Wartungsarbeiten ohnehin stillsteht, verschärft sich in der gegenwärtigen Hitzewelle die Lage noch weiter. Um die Stromversorgung in Frankreich zu sichern, erhielten vier Kraftwerke auch trotz der hohen Temperaturen eine Ausnahmeregelung zur Aufrechterhaltung des Minimalbetriebes.

Ursprünglich hatte die Ausnahmeregelung nur bis zum vergangenen Sonntag gegolten. Dann wurde die Regelung wegen des möglichen Engpasses bei der Stromversorgung aber bis zum 7. August verlängert. Derartige Ausnahmen werden nur selten genehmigt – zuletzt im Jahr 2018. Zu Beginn dieser Woche waren 30 der 56 Atommeiler außer Betrieb.

Was bedeutet ein Streckbetrieb?

Konkret geht es darum, dass die Atomkraftwerke vor dem Winter, wenn etwa eine hohe Ökostromproduktion zu erwarten ist, nur gedrosselt laufen und so die Brennstäbe länger nutzbar bleiben – also die AKW im kritischen Winter noch am Netz wären. Der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) zufolge wäre ein Streckbetrieb für mindestens 80 Tage möglich.

Im Fokus steht besonders das bayerische Atomkraftwerk Isar 2, betrieben von Preussen Elektra. Söder macht Druck für einen Weiterbetrieb, da gerade in Bayern mit seiner großen Industrieproduktion Engpässe drohen. Letztlich könnte ein Weiterbetrieb optional werden. Die Grünen rechnen bisher nicht

damit, dass auch ihr Ministerpräsident in Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, die Laufzeit bei Neckarwestheim 2 verlängern würde. Das Problem läge allein in Bayern. Inzwischen schließt niemand mehr von den Spitzen-Grünen einen Kompromiss aus. Aber eine „echte“ Laufzeitverlängerung mit dem Kauf neuer Brennelemente will man bisher nicht. „Wenn es dazu kommt, dass wir eine wirkliche Notsituation haben, dass Krankenhäuser nicht mehr arbeiten können, wenn eine solche Notsituation eintritt, dann müssen wir darüber reden, was mit den Brennstäben ist“, zeigt sich auch Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt offen für einen solchen Streckbetrieb. Ein Problem ist aber, dass dann wohl zunächst auch erst noch neue Sicherheitsüberprüfungen nötig wären, die letzten liegen rund 13 Jahre zurück.

Wie gehen Deutschlands Nachbarländer mit der heiklen Atomfrage um?

Frankreich weist mit Abstand die höchste Zahl der Atommeiler in der EU auf. Im vergangenen Jahr kündigte Präsident Emmanuel Macron eine Investition in Höhe von einer Milliarde Euro zur Entwicklung von Mini-Reaktoren an, welche die störanfälligen Meiler im Land auf mittlere Sicht ersetzen sollen. Konkrete Formen hat indes die Verlängerung der Kernkraft-Nutzung im benachbarten Belgien angenommen. Nachdem der Abschied von der Kernkraft dort ursprünglich zum Jahr 2025 vorgesehen war, sollen die Meiler Tihange 3 und das Kraftwerk Doel 4 bei Antwerpen angesichts des Ukraine-Kriegs nun doch ein Jahrzehnt länger in Betrieb bleiben.

Warum gibt es in der Koalition Unmut über Söder?

„Wir kommen von einer Grütze in die Nächste“, meint ein genervter Koalitionär. Wenn es tatsächlich nach dem Stresstest eine Option auf eine begrenzte längere Laufzeit geben sollte, wäre das vor allem für Isar 2 in Bayern interessant. Preussen Elektra betont, ein Weiterbetrieb sei unter bestimmten Voraussetzungen technisch möglich. Aber die Atom-Debatte stellt aus Sicht der Grünen den Blick auf die viel entscheidendere Frage: Das Energiesparen werde auch von den Koalitionspartnern zu wenig forciert. Besonders irritiert ist man über Söder, der sich als Atomfreund aufspiele, aber gegen Einsparappelle stelle. In der Corona-Pandemie hätten Opposition und Regierung auch zusammen agiert, das erwarte man nun auch von der Union in dieser schweren Energiekrise.

Grüne lockern strikten Anti-Atom-Kurs

Parteispitze signalisiert Bereitschaft, notfalls einer sechsmonatigen Laufzeitverlängerung für Isar 2 zuzustimmen. Gazprom kündigt an, die Gaslieferungen erneut zu senken

Berlin, Stuttgart – Führende Grüne haben ihre Bereitschaft signalisiert, vom strikten Anti-Atom-Kurs der Partei abzuweichen. Falls in Bayern im nächsten Winter eine Strommangellage droht, könnte das Kernkraftwerk Isar 2 sechs Monate länger laufen, um fehlendes russisches Gas für die Stromproduktion auszugleichen. Darüber herrscht nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* in den Führungsgremien der Grünen Einvernehmen. Zwingende Voraussetzung dafür ist aus Sicht von Wirtschaftsminister Robert Habeck allerdings, dass bei einem zweiten, bundesweiten Stresstest der Stromversorgung der Nutzen des vorübergehenden Streckbetriebs seine Risiken übersteigt. Eine generelle Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerken durch den Kauf neuer atomarer Brennstäbe lehnen die Grünen ab.

Die Parteispitze sieht in den Plänen eine vorübergehende Notlösung, die auf Bayern beschränkt bleibt. Dort könnte es im Winter womöglich zu riskanten Stromengpässen kommen, weil Stromtrassen und Windräder nicht gebaut wurden und die Abhängigkeit von russischem Gas besonders hoch ist. Gazprom kündigte am Dienstag an, die Gaslieferungen erneut auf zwanzig Prozent der vollen Kapazität zu reduzieren. Damit wächst der Druck auf die Regierung, Kraftwerke am Netz zu halten.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne), zuständig für nukleare Sicherheit, trägt eine vorübergehende Streckung der AKW-Laufzeiten grundsätzlich mit – falls der zweite Stresstest ein für Bayern kritisches Ergebnis zeigen sollte. Allerdings wies sie auf noch ungelöste Sicherheitsfragen hin. „Ohne eine periodische Sicherheitsüberprüfung können die Atomkraftwerke nicht weiterlaufen“, sagte ihr Sprecher in Berlin. Alle drei in Deutschland noch laufenden Kernkraftwerke hätten 2019 einem turnusmäßigen Sicherheitscheck unterzogen werden müssen, der wegen des geplanten Atomausstiegs entfiel. Er dauert normalerweise viele Monate, manchmal Jahre. Ob der Sicherheitstest also erneut ausgesetzt werden soll, blieb

am Montag unbeantwortet. Ein monatelanger Stillstand würde den Einsatz im Winter gefährden. Man stelle derzeit eine „Risiko-Nutzen-Analyse“ strikt nach Faktenlage an, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. „Die Entscheidung ist dann aber natürlich eine politische.“

Dass neben dem Kernkraftwerk Isar 2 einem weiteren der drei verbleibenden AKWs in Deutschland der Weiterbetrieb erlaubt wird, gilt in Regierungskreisen als unwahrscheinlich. Nur in Bayern könnte der Reaktor mit den geladenen Brennstäben zusätzlichen Strom liefern. Die Meiler Neckarwestheim und Emsland könnten wohl nur dann im nächsten Jahr ohne zusätzliche Brennelemente Strom liefern, wenn sie im laufenden Jahr ihre Stromliefermengen entsprechend kürzen. Zudem sei der technische Sicherheitsaufwand für einen Weiterbetrieb höher als bei Isar 2.

Selbst eine kurze Laufzeitverlängerung zieht in der deutschen Energiepolitik massive Konsequenzen nach sich. Denn per Gesetz ist der Betrieb von Atomkraftwerken ab dem Jahreswechsel in Deutschland verboten. Nötig wäre nicht nur eine Gesetzesänderung. Die Regierung müsste auch klären, ob sie das bislang von den Konzernen getragene Haftungsrisiko für den AKW-Betrieb und mögliche Unfälle schultert. Die Betreiber, die es bislang tragen, wollen es nicht länger tragen. Sie hatten im März klargestellt, dass für sie eine Laufzeitverlängerung nur dann infrage käme, wenn der Staat die volle Verantwortung für den AKW-Weiterbetrieb übernehme.

Der Union reicht der Kurswechsel noch lange nicht. Sie fordert deutlich längere Laufzeiten. „Angesichts der derzeitigen Energiekrise“ mit „explodierenden Preisen“ und der „enormen Stromknappheit in Frankreich“ reiche nur der Streckbetrieb des Kernkraftwerkes Isar 2 nicht aus, warnt Mark Helfrich, Fachsprecher für Energiepolitik der CDU/CSU-Fraktion. „Die Laufzeiten der drei Kernkraftwerke müssen für die Dauer der Energiekrise befristet verlängert und dafür neue Brennstäbe beschafft werden“, fordert Helfrich. Auch

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) schließt eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nicht mehr aus. Er verwies am Montag auf den Stresstest.

Umweltschützer reagieren entsetzt auf die Debatte. „Wenn der zweite Stresstest eine Stromlücke für Bayern zeigen sollte, dann ist das die Quittung für den langjährigen Boykott der CSU beim Ausbau der erneuerbaren Energien“, kritisierte Greenpeace-

Atomexperte Heinz Smital. Die CSU habe den Netzausbau mit angeblichen „Monstertrassen“ dämonisiert und den Windkraftausbau mit überzogenen Abstandsregeln gestoppt. „Niemand darf sich wundern, dass zu wenig Strom nach Bayern kommt“, sagte er. Die Antwort auf mögliche Stromengpässe könne keine Laufzeitverlängerung für ein AKW sein, „das schon jetzt mit einem Sicherheitsrabatt läuft“. Stattdessen müsse die Regierung stärker Strom sparen.

DEBATTE UM LAUFZEITVERLÄNGERUNG

Warum der »Streckbetrieb« der AKW uns nicht wirklich weiterhilft

Angesichts der drohenden Energiekrise ringt die Koalition um längere Laufzeiten für Deutschlands Atommeiler. Auch die Grünen wären wohl zu einem Kompromiss bereit. Doch der löst das Problem nicht.

Jetzt also auch die Grünen: Statt wie beschlossen zum Ende des Jahres vom Netz zu gehen, könnten Deutschlands drei letzte Atomreaktoren noch weiterlaufen, erklärte Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt beim ARD-Talk »Anne Will«: Darüber sei zu reden, so die Politikerin, wenn es »dazu kommt, dass wir eine wirkliche Notsituation haben, dass Krankenhäuser nicht mehr arbeiten können.«

Göring-Eckardt spricht vom sogenannten »Streckbetrieb« der Meiler, was den Charme hat, dass sie den dann im Jahr 2023 weiterlaufenden Betrieb der Reaktoren Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 nicht »Laufzeitverlängerung« nennen muss. Doch auch vom Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie ist angesichts der drohenden Versorgungskrise durch den Ausfall russischer Gaslieferungen im Herbst und Winter mittlerweile die Rede.

Beim Streckbetrieb würde die Leistung der Kraftwerke gedrosselt, die Brennstäbe halten dann länger. Das Kraftwerk würde also über eine längere Zeit weniger als die vorgesehene Leistung bereitstellen. Allzu viel fehlendes Erdgas zur Stromgewinnung ließe sich dadurch aber wohl nicht ersetzen, schätzen Experten: Mehr als ein Prozent des deutschen Erdgasbedarfs dürfte es kaum sein.

Insgesamt keine höhere Stromerzeugung

»Der Streckbetrieb der drei noch am Netz befindlichen Kraftwerke führt unter Ausnutzung der in den Brennelementen steckenden Energie zu einer Streckung der Stromerzeugung über einen längeren Zeitraum«, erklärt Manfred Fischedick vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, »nicht aber zu einer über den Gesamtzeitraum betrachtet höheren Stromerzeugung.«

Wichtig sei aber auch, dass Deutschland durch die Bereitschaft, die Anlagen länger als geplant zu betreiben, ein Zeichen der Solidarität mit den europäischen Nachbarn setze: »So wie die Niederlande klären müssen, inwieweit eine Steigerung der Erdgasförderung im Erdgasfeld Groningen sicherheitstechnisch möglich ist«, so der Energietechniker, »gilt dies auch für einen möglichen Streckbetrieb der deutschen Kernkraftwerke und den damit verbundenen realistischen Einspareffekt.«

Die Erdgasgewinnung in den Niederlanden ist ähnlich umstritten wie der Weiterbetrieb der Atomreaktoren in Deutschland. Sie erhöht die Gefahr von Erdbeben. Europas größtes Gasfeld soll deswegen eigentlich stillgelegt werden. Neue technische Fördermethoden wie Einspritzen von Stickstoff in den Boden könnten die Erdbebengefahr reduzieren, so Wissenschaftler Fischedick.

Nur durch gemeinsames Handeln könne verhindert werden, dass »die Sicherheit der Energieversorgung bewusst als Druckmittel Russlands genutzt wird. Die russische Regierung versucht, die EU-Länder zu spalten«, glaubt Fischedick. Die Erwartungshaltung sei hoch, dass jedes Land alle verfügbaren Optionen umsichtig prüfe und auch umsetze – wenn keine sicherheitstechnischen Bedenken bestehen.

Deutschlands Nachbar Belgien hat den Ausstieg aus der Atomenergie wegen des Ukrainekriegs bereits um zehn Jahre verschoben. In Frankreich wiederum, das noch mehr als 50 Meiler betreibt, können einige davon derzeit nicht richtig arbeiten, weil das Kühlwasser der Kraftwerke zu warm ist, um in die Flüsse abgeleitet zu werden, wo es sonst Flora und Fauna gefährden könnte. Weitere Meiler sind wegen anderer techni-

scher Mängel zurzeit nicht am Netz. Nur rund die Hälfte der französischen Meiler kann derzeit regulär betrieben werden.

Angesichts solcher Engpässe, sagt Sascha Gentes, Leiter der Abteilung für Rückbau am Institut für Technologie und Management im Baubetrieb am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), könne es sich Deutschland »nicht leisten, seine Anlagen jetzt stillzulegen«.

Laut Gentes hat Deutschland »immer noch die sichersten Kernkraftwerke der Welt«. Und anders als in manchen anderen Ländern sind diese Kraftwerke aktuell auch dauerhaft in Betrieb. Eine Laufzeitverlängerung für zumindest ein Jahr hält der Wissenschaftler für sinnvoller als den Streckbetrieb.

Zwar sind auch die Wartungsintervalle der Anlagen auf das geplante Ende der Kernkraft ausgelegt. Das sei aber ein lösbares Problem, glaubt Gentes. »Es ist ja nicht so, dass am 31. Dezember dort der Beton zu bröseln beginnt«, sagt er. Auch die Brennelemente in den Kernkraftwerken, so der Forscher, seien an diesem Stichtag nicht komplett abgebrannt. »Da ist immer noch spaltbares Uran drin«, erklärt er. Wenn man die Brennstäbe einlagere, sei das, als fahre man sein Auto nicht mehr, obwohl der Tank noch zu drei Vierteln gefüllt sei.

Besser Gas einsparen

Gegen eine Verlängerung der Laufzeit spreche, neben allen ideologischen Argumenten, dass Deutschland auch bei der Beschaffung neuer Brennelemente von Russland abhängig sei. Doch dafür gebe es auch anderswo Anbieter, sagt Gentes, etwa in den USA.

Ein Weiterbetrieb der Atommeiler, glaubt hingegen Andreas Löschel, Nachhaltigkeitsforscher von der Ruhr-Universität Bochum, würde die Situation nicht grundlegend verbessern. »Meiner Meinung nach wird gerade viel zu viel Aufmerksamkeit auf die Diskussion über die Kernenergie verwendet«, sagte Löschel dem Science Media Center: »Wenn klar wäre, dass die Kosten für eine Laufzeitverlängerung – und ich meine da auch die politischen Kosten – im Vergleich zum Nutzen klein sind, dann könnte man diese Diskussion führen. Aber das sehe ich gerade überhaupt nicht.«

Deutschland solle sich darauf konzentrieren, Gas einzusparen, sagt Löschel. »Größere Hebel« als bei der Laufzeitverlängerung sieht der Wissenschaftler etwa beim raschen Ausbau der erneuerbaren Energien.

»Deutschland kann es sich nicht leisten, seine Anlagen jetzt stillzulegen.«